

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dählerbrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dgl, Rupperberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 186

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

Halver
Dienstag, den 11. August

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschichte im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichsrat hat seine Zustimmung zu den im Reichstag beschlossenen Steuererlassen und zum Finanzausgleich gegeben.

* Im Reichstag begann die Beratung der Zollvorlage in höchst stürmischer Weise, da die Opposition heftig gegen die Vorlage protestierte.

* Reichskanzler Dr. Luther kündigte im Reichstag bei seiner Begründung der Zollvorlage die Herabsetzung der Umsatzsteuer am 1. Oktober von 1½ auf 1 % an.

* Am 12. August trifft Reichspräsident v. Hindenburg in München ein. Größere Empfangsfeierlichkeiten sind vorgesehen.

* Der zu drei Jahren Gefängnis verurteilte frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner ist begnadigt worden, nachdem er ungefähr die Hälfte der Strafzeit verbüßt hat.

Die Steuerreform.

Von besonderer volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Nun hat der Reichstag das zweite große Werk bewilligt, das auch wieder, wie die Aufwertungsgeetze, erst durch die Überwindung der Inflation möglich geworden ist: die Steuerreform. Jahre hindurch waren die zahllosen Steuererlasse Kinder des Augenblicks, Kinder der Not der Inflation gewesen, aber auch Kinder der immer unbestimmten gebliebenen deutschen Reparationsverpflichtungen. Nicht nur das Einkommen, sondern auch das Vermögen in Anspruch nehmend, hatte 1919 der damalige Reichsfinanzminister Erzberger die Epoche des schärfsten Anziehens der Steuerhahne eingeleitet. Und doch hatte die Inflation mit ihrem Rasen alle diese Gesetze überholt und sie völlig unwirksam gemacht, abgesehen von der Lohnsteuer. Jetzt hat man eine Reform geschaffen, jetzt ist man wieder zu dem Grundsatz der früheren preussischen Steuerpolitik zurückgekehrt, daß nämlich die Steuern lediglich vom Ertrag des deutschen Volkvermögens genommen werden dürfen, dieses Volkvermögen selbst aber unangetastet bleiben müsse. Unangetastet bleibt es jetzt auch durch die Vermögenssteuer selbst. Zielpunkt für die Steuerreform war, auf dieser Grundlage aufgebaut, nun die höchste Ertragswirksamkeit. Dem widerspricht nicht, daß auf der einen Seite der steuerfreie Einkommensteil heraufgesetzt, die bis über 60 % heraufgeschraubte höchste Einkommensteuer beträchtlich heruntersgeschraubt wird bis auf 40 %. Man ist damit doch noch hinausgegangen über den Grundsatz, den der bekannte frühere Steuerpolitiker Prof. Adolf Wagner als Norm aufstellte: „Die Grundsteuer darf aus steuertechnischen ebenso wie aus volkswirtschaftlichen Gründen in ihren Höchsthöhen nicht über 33 ⅓ % des Einkommens hinausgehen.“ Bei der jetzigen Steuerreform hat denn auch die Rücksicht auf volkswirtschaftliche Notwendigkeit eine außerordentlich starke Rolle gespielt, und zwar die ganz bewußte Absicht, die Kapitalneubildung in Deutschland durch ein übermäßiges Anziehen der Steuerhahne nicht zu verhindern. Der Hinweis auf staatliche Notwendigkeit, oft genug auch auf die Reparationsverpflichtungen, hatte früher dazu geführt, daß diese volkswirtschaftliche Rücksichtnahme außer acht gelassen wurde. Das ist jetzt wieder anders geworden.

Der Kampf um den Finanzausgleich ist nicht ausgetragen worden, sondern wurde nur durch einen Waffenstillstand beigelegt. Hier bleibt also eine Lücke in dem Werk, die erst später noch ausgefüllt werden muß, dann nämlich, wenn auch der Kampf um die Umsatzsteuer zu Ende ist. Daß diese höchste aller Steuern schließlich einmal fallen muß, darüber sind sich alle Parteien einig; man weiß nur nicht, womit man das dann ersetzende gewaltige Finanzloch durch andere Staatseinnahmen wieder ausfüllen soll. Ob das nötig sein wird, kann man ja erst wissen, wenn man die Wirkung der ganzen Steuerreform überblickt, wenn man erst einmal feststellen kann, welche Erträge sie in den Staatskassen bringen wird. Wirkliche Steuererhöhungen, die auch die große Masse zu spüren bekommen wird, bringen ja in der Hauptsache die Verbraucher zu zahlen.

Natürlich ist früheren Erfahrungen entsprechend ohne weiteres damit zu rechnen, daß die Preise der in Frage kommenden Erzeugnisse zunächst höher steigen, als es die Steuerbelastung rechtfertigen kann. Aber auch hier wird der Konsument durch Zurückhaltung eine Gegenbewegung einleiten, bis sich allmählich der wirtschaftliche Normalzustand wieder eingestellt hat. Zu dieser verteuerten Wirkung einzelner Steuern wird sich ja dann die in der gleichen Richtung laufende Wirkung der bevorstehenden Zollerhöhungen hinzugesellen.

Wenn nun aber die Steuerreform dadurch ergänzt wird, daß man nicht nur zum altpreussischen Steuerprinzip zurückkehrt, sondern auch die altpreussische Sparsamkeit wieder wachen läßt, die Staatsaufgaben und die Staatsausgaben auf das allernotwendigste beschränkt, dann wäre das möglicherweise der zweite Schritt in eine ruhigere und gesicherte Zukunft unseres öffentlichen Lebens hinein.

Die Steuern vom Reichsrat genehmigt.

Der Reichsrat nahm sämtliche Steuererlasse in der vom Reichstage beschlossenen Fassung unverändert an. Auch gegen das Finanzausgleichsgesetz wurde kein Einspruch erhoben. Gegen das Finanzausgleichsgesetz stimmten lediglich Bayern und Hessen.

Beginn der Zollschlacht.

Die Zollvorlage im Reichstage.

(115. Sitzung.)

OB. Berlin, 8. August.

Als in der gestrigen Sitzung die gesamten Steuererlässe und das Finanzausgleichsgesetz in dritter Lesung mit den bekannten letzten Kompromißbestimmungen, ebenso die Umsatzsteuer mit 1½ % und die Hauszinssteuer angenommen wurden, gelangte noch ein Antrag der Regierungsparteien zur Annahme, wonach aus dem für den Wohnungsbau zu verwendenden Teil der Steuer die Länder Darlehen an unbemittelte linderliche Familien und an Schwerkrankenbeschädigte, insbesondere auch an Kriegsblinde bis zur vollen Höhe der Baukosten gewähren können. Dann verlas man sich, um heute die zweite Beratung der Zollvorlage zu beginnen. Von den Regierungsparteien war dazu ein Geschäftsordnungsantrag eingegangen, der die Redezeit zur Zollvorlage insgesamt für jede Fraktion auf vier Stunden beschränkt. Bei der allgemeinen Aussprache soll die Redezeit eine Stunde, bei der Besprechung der Agrar- und Industriezölle einschl. der Tariffrage zwei Stunden und für alle weiteren Teile der Vorlage zusammen eine Stunde betragen. Die Verlesung dieses Antrages erregte bei Sozialdemokraten und Kommunisten

Stürmische Unruhe.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärte, es sei bezeichnend, daß niemand den Mut fand, diesen Antrag zu begründen. Er sei nämlich nicht zu begründen und stehe in der Geschichte des Deutschen Reichstages einzig da. Das sei eine parlamentarische Korruption im großen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Stöcker (Komm.) wies darauf hin, daß im Ältestenrat kein Mitglied der Regierungsparteien diesen Antrag vorgebracht habe, sondern daß man den Reichstag damit über-
rumple.

Abg. Dr. Scholz (D. Vp.) erklärte unter lärmendem Widerspruch der Linken, daß der Antrag durchaus keine Verletzung der Geschäftsordnung bedeute; es entspreche nicht der Würde des Parlamentes, daß im Ausschuss Beratene im Plenum wiederzuerstehen. (Lebhafte Proteste links.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) führte aus, daß die Demokraten bei der Steuerberatung ebenso wie die Sozialdemokraten zwar sachliche Opposition geübt, aber keine Obstruktion getrieben hätten. Um so empfindlicher müsse es berühren, wenn durch den vorliegenden Antrag eine sachliche Beratung überhaupt unmöglich gemacht werde.

Abg. Koenen (Komm.) behauptete, daß der Antrag dem Geiste der Geschäftsordnung widerspreche. Nach weiterer stürmischer Geschäftsordnungsdebatte beantragte der kommunistische Abg. Stöcker Vertagung auf eine Stunde, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Unter lauten Entrüstungsrufen der Linken wurde dieser Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. Die darauf folgende allgemeine Aussprache über die Zollvorlage wurde eingeleitet durch eine

Rede des Reichskanzlers.

Als Reichskanzler Dr. Luther beginnen wollte, wurde ihm minutenlang von verschiedenen Kommunisten zugerufen: „Jetzt kommt der Oberbrüller!“ Präsident Lobe erteilte an mehrere Zwischenrufer Ordnungsrufe und drohte bei Wiederholung schärfste Maßnahmen an.

Der Reichskanzler führte dann, wiederholt durch laute Zurufe der Kommunisten unterbrochen, aus, die schlechte Schaffung eines Zolltarifs als Infraktion für die Handelsvertragsverhandlungen sei eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Deutschlands Wirtschaft brauche, um die Darlehenverpflichtungen abtragen zu können, dringend normale Handelsverträge. (Rufe links: „Die Lasten sind ja schon den Arbeitern aufgebürdet!“) Deutschland habe nicht den Wunsch, die europäische Wirtschaft auf der Grundlage hoher Zollmauern aufzubauen.

Deutschland wünsche eine weitgehende Ermäßigung oder Beseitigung der Zollschranken.

Das sei aber nicht möglich, so lange die Länder um Deutschland immer höhere Zollmauern aufrichteten. Würde Deutschland sich dem nicht anpassen, so würde es gelbes deutsche Arbeit und Produktionskraft ins Ausland bringen. Man müsse die Passivität der deutschen Handelsbilanz beseitigen.

Erneute Unterbrechungen.

Als der Reichskanzler dann ausführte, die Regierung nähme bei einer Gesetzgebung Rücksicht auf die Lebensmöglichkeit der arbeitenden Massen, kamen von den Kommunisten laute Rufe: „Er verhöhnt die Hungernden noch!“ Andere laute Zurufe wurden vom Präsidenten Lobe durch Ordnungsrufe an die kommunistischen Zwischenrufer gerügt. Den allgemeinen Lärm unterbrach der Kanzler mit der an die Kommunisten gerichteten Bemerkung: „Das deutsche Volk ist wirklich belagert!“ Die Kommunisten ergänzten diese Worte lärmend und erregt mit dem Ruf: — daß so einer Reichskanzler ist! Viele Kommunisten führten die Treppe zum Rednerpult heran und riefen dem Reichskanzler laut in gleichmäßigem Rhythmus zu: „Abtreten! Abtreten! Weg mit ihm!“

Präsident Lobe, der fortwährend die Glocke schwang, konnte sich erst nach einigen Minuten verständlich machen. Er drohte den Kommunisten Ausweisung aus dem Saale an, wenn sie nicht sofort die Plätze wieder einnehmen. Darauf trat einigermaßen Ruhe ein und der Reichskanzler fuhr fort.

Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die die allgemeine Verarmung der breiten Masse der Käufer für die Wirtschaft gebracht habe. Er betonte die Notwendigkeit, die Kaufkraft zu stärken und die Preise zu senken. Um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, habe sich die Reichsregierung jetzt entschlossen, die

Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1½ auf 1 Proz. am 1. Oktober

zu bewilligen. (Abg. Dr. Geth (Soz.) und gestern haben Sie unsern dahingehenden Antrag abgelehnt!)

Wie der Reichskanzler weiter meinte, hätte man bei den früheren Senkungen der Umsatzsteuer leider eine entsprechende Preissenkung nicht beobachten können. Jetzt aber müsse sie erwartet werden, denn durch die gestern verabschiedeten neuen Steuererlasse seien die Voraussetzungen dafür

geschaffen, wenn man jetzt nicht mehr sagen, daß die Einkommensteuer aus der Substanz bezahlt würde. Darum lege man auch so großen Wert darauf, daß die Zollvorlage im Anschluß an die Steuererlässe verabschiedet wird.

Die Reichsregierung wird allen in Betracht kommenden Verbänden der Wirtschaft gegenüber eine einheitliche Preisentfaltung für den 1. Oktober, den Tag des Inkrafttretens der Umsatzsteuer, nachdrücklich betreiben, und wird da, wo sie selbst eine gesetzmäßige Handhabung der Preissenkung hat, sofalls davon Gebrauch machen.

Der Reichskanzler ging auf den Zolltarif ein und betonte, daß die meisten Positionen autonom sind, also bei den Handelsvertragsverhandlungen verändert würden. Es habe darum gar keinen Sinn, an der Höhe dieser Positionen Kritik zu üben. Im übrigen handle es sich auch nur um eine vorläufige Regelung bis zum 31. Juli 1927. Der Reichskanzler schloß unter tosendem Lärm der Kommunisten mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die schnelle Verabschiedung des Zolltarifs zur Gefundung der deutschen Wirtschaft und zur Herbeiführung normaler Handelsbeziehungen mit der Welt beitragen möge. Die Kommunisten begleiteten den Schluß mit langanhaltenden Pfuirufen, die Sozialdemokraten zischten.

Abg. Wels (Soz.) erklärte, die Rede des Reichskanzlers habe einen so großen Fragenkomplex berührt, daß es unmöglich sei, jetzt sofort im Rahmen der beschränkten Redezeit darauf einzugehen. Er beantrage deshalb, daß in ähnlicher Weise, wie es früher bei Regierungserklärungen geschah, die Verhandlung auf zwei Stunden unterbrochen werde, um den Fraktionen die Stellungnahme zur Kanzerrede zu ermöglichen. Der Antrag wurde unter lauten Pfuirufen der Linken gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Die allgemeine Aussprache.

Als erster Redner in der allgemeinen Aussprache führte Abg. Hilferding (Soz.) aus, daß deutsche Volk sei jetzt das Opfer einer rücksichtslosen Reichstagsmehrheit, die nicht mit Gründen, sondern nur mit der Macht der Stimmenmehrheit arbeite. Die überall bestehende Wirtschaftskrise könne für Deutschland überhaupt nur überwunden werden, wenn Deutschland es verstände, gegenüber den anderen seine Veredelungsproduktion zu vertieren. Dazu sei eine auswärtige Politik notwendig, die auch die wirtschaftliche Politik in den Kreis ihrer Berechnungen stellt, d. h. die eine Verdrängung Europas schaffe und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Deutschland darf sich nicht selbst durch eine Schutzpolitik die Grenze für die Wirtschaft noch mehr verengern. Die Belastung der Konsumenten durch den vorliegenden Zollentwurf schätze der Redner auf 1½ Milliarden Mark. Den Arbeiterführern des Zentrums müsse es klar sein, daß die durch die jetzige Steuer- und Zollpolitik gefestigten Reallohne nur gehoben werden könnten durch schwere, opferreiche Arbeitskämpfe. Die Zollpolitik der jetzigen Regierung sei verhängnisvoll für den deutschen und für den europäischen Wiederaufbau. Sie müsse auch eine verhängnisvolle Rückwirkung auf die Außenpolitik ausüben.

Erklärung der Regierungsparteien.

Abg. Dr. Kerstius (Zentrum) gab im Namen der Regierungsparteien und der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab. Darin wird gesagt, die jetzige Vorlage sei das Ergebnis gründlicher vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien. Die Nichtsignur für diese Arbeit sei das Bestreben, einen gerechten Ausgleich zwischen den notwendigen Bedürfnissen der Erzeuger und den Lebensinteressen der Verbraucher zu finden. Vor allem müßte die

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion

erstrebt werden. Da hätte sich die Gefahr einer gewissen Preissteigerung bestimmter Verbrauchsartikel nicht ganz vermeiden lassen. Die Regierungsparteien hätten aber geglaubt, daß durch die von ihnen erreichte Herabsetzung der Umsatzsteuer diese Steigerung wieder ausgeglichen werde. Wenn sich aber später Schwierigkeiten für den Verbraucher ergeben sollten, so wollten die Regierungsparteien dem dadurch begegnen, daß die Regierung im Einvernehmen mit Reichsrat und Reichstagsausschuß zu Änderungen berechtigt sei. Angesichts der Eile, mit der im Interesse baldiger Handelsvertragsabschlüsse der Zolltarif verabschiedet werden müsse, werde sich vielleicht in ganzen Punkten eine Verbesserungsbedürftigkeit zeigen. Er sei deshalb nur auf zwei Jahre festgelegt worden.

Abg. Körnle (Komm.) bezeichnet die Zollvorlage als den schamlosesten Raubzug, der je gegen die arbeitenden Massen geführt worden sei. Die Begründung der Vorlage sei widersprüchlich. Die heutige Erklärung des Reichskanzlers sei dürrig und nichtssagend gewesen. Auch die meisten bürgerlichen Nationalökonomten hätten ein vernichtendes Urteil über die Vorlage gefällt.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) betonte, man dürfe die Zollfrage nicht einseitig vom Konsumentenstandpunkt aus betrachten, sondern müsse an die Spitze die Frage stellen, wie könne man die deutsche Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft einfügen. Die Demokratische Partei sei keineswegs eine grundsätzliche Gegnerin des Zollschutzes. Sie habe sich eifrig im Anschluß mit dem Schutz der Landwirtschaft bemüht. Durch die Vorlage der Regierungsparteien sei aber ein wirksamer Schutz besonders der kleinen und mittleren Landwirte nicht erreicht. Die demokratische Fraktion könne daher der Vorlage nicht zustimmen.

Abg. v. Graefe (Völk.) bezeichnete die Zollvorlage und die Agrarzölle als notwendig. Beschämend sei es jedoch, daß zu den Interessenvertretern auch Abgeordnete gehörten, die berufsmäßig als Syndici von Interessenverbänden auftraten. Auf solche Schacherei sei es zurückzuführen, wenn die Zollvorlage verschiedene Verrücktheiten enthalte. Der Redner wandte sich dann scharf dagegen, daß die Mindestzölle für Getreide, die Graf Kanitz selbst als Kernstück seiner Vorlage bezeichnet hatte, weggefallen und durch Mindestzölle für Weizen ersetzt worden seien. Mindestzölle für Getreide brachten nicht zum Brodwucher zu führen, diesem Treiben der Getreidebörsenspekulation.

Auszug der Opposition. — Beschlußunfähigkeit.

Darauf beantragte der Abg. Dittmann (Soz.) Vertagung auf Montag und bezweifelte gleichzeitig die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Kommunisten und Sozialdemokraten verließen darauf bis auf einige Hochpöhlen den Saal. Bei der nun folgenden Abstimmung durch Zettel-

Reichsausstellung „Deutscher Wein“.

Feierliche Eröffnung.

Die Reichsausstellung „Deutscher Wein“, die bis zum 13. September in Koblenz stattfindet, wurde in Anwesenheit von Vertretern der Reichs- und preussischen Staatsregierung, der Spitzen der Provinzial- und städtischen Behörden sowie zahlreicher Ehrengäste feierlich im Koblenzer Stadttheater eröffnet. Die Eröffnungsansprache hielt Oberbürgermeister Dr. Ruffel, der nach einem Loblied auf den deutschen Wein den Reichs- und Provinzialbehörden sowie ihren Anstalten und Domänen für die rückhaltlose, opferfreudige Unterstützung der Ausstellung dankte.

Für den Rheinischen Winzerverband sprach der Vorsitzende, Gutsbesitzer Major a. D. von Stedman. Als Vertreter der Reichsregierung sprach Staatssekretär Dr. Hagedorn. Die Reichsregierung begrüßt es ganz besonders, daß die Stadt Koblenz als Mittelpunkt der deutschen Weinbaugebiete es unternommen hat, eine deutsche Weinbauausstellung zu veranstalten, um der Öffentlichkeit kundzutun, welche große Bedeutung dem Weinbau in Deutschland, insbesondere in der Rheinprovinz zukommt.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 11. August 1925

□ Keine Vermögenssteuer-Vorauszahlung am 15. August. Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß nach dem vom Reichstag verabschiedeten Vermögenssteuergesetz auf die Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1925 lediglich zwei Vorauszahlungen, und zwar am 15. Februar und 15. November in Höhe von je $\frac{1}{2}$ des im Vermögenssteuerbescheid für das Kalenderjahr 1924 festgesetzten Jahresbeitrages zu entrichten sind. Die sonst am 15. Mai und 15. August zu entrichtenden Vorauszahlungsraten werden also in diesem Jahre nicht erhoben.

— * Unfallversicherung. Auf Grund des § 1553 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Gesetzes vom 14. Juli 1925 (Reichsgesetzbl. S. 97) hat der Preussische Minister für Volkswohlfahrt mit Wirkung vom 1. August 1925 bestimmt, daß die Unternehmer von Betrieben, die der gewerblichen Unfallversicherung unterliegen, die Anzeige über einen Unfall an die Ortspolizeibehörde schriftlich unter Beifügung einer Abschrift an den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten weiterzugeben hat.

& Halver, 10. Aug. Die hiesige Freiw. Feuerwehr machte gestern eine sogenannte Landübung, an der sich auch die Sanitätskolonne beteiligte. Beide Vereine waren zu derselben recht zahlreich erschienen. Kurz nach 6 Uhr früh morgens wurde mit klingendem Spiele zu derselben ausgerückt. Der Uebung lag der Gedanke zu Grunde, daß das Anwesen des Landwirts Wilh. Schürfeld zu Gelsenberg brenne. Sofort nach Ankunft am Brandort wurde der Brandherd mit einer Schlauchleitung angegriffen. Da das Feuer inzwischen auf das dem Gustav Schürfeld gehörende, von Mißie bewohnte Haus übergesprungen war, so wurde eine zweite Schlauchleitung in Tätigkeit gesetzt. Da genügend Wasser vorhanden war, und mit Umsicht und Eifer bekämpft wurde, so war der Brand in verhältnismäßig kurzer Zeit gelöscht. Die Verletzten waren in einem Zelt untergebracht, in dem dieselben von der Sanitätskolonne unter Leitung des Arztes Dr. Kauert in Behandlung genommen wurden. Es handelte sich um die verschiedenartigsten Unfälle: Verrentungen, Knochenbrüche, Rauchvergiftungen, Brandwunden usw. Die Mitglieder erwiesen sich in allen Fällen mit der Art der Verletzung und der entsprechenden Behandlung wohl vertraut, so daß auch dieser Teil der Uebung vollste Befriedigung erweckte. Wilh. Schürfeld stürzte die beiden pflichttreuen Vereine durch ein Glas Milch. Walter Crone machte von den einzelnen Momenten recht gelungene Aufnahmen. Gegen 9 Uhr kamen Feuerwehr und Sanitätskolonne unter den Klängen der Musik hieselbst wieder an.

p) Halver, 10. Aug. Eine glänzend verlaufene turnerische Veranstaltung liegt hinter uns, worauf die Ver. Turn- und Spielvereine stolz zurückblicken können. Während ein zwischen den Mannschaften der Ver. Turn- und Spielvereine und „Jahn“ Länderscheid am Vormittag ausgetragene Handball-Freundschaftsspiel den Auftakt zu der Veranstaltung gab, wurde der Nachmittag mit turnerischen Vorführungen in und außer der Festhalle ausgefüllt. Um 10 Uhr trafen sich die beiden Handballmannschaften auf dem Sportplatz an der Karls Höhe. Trotz der herrschenden Hitze wurde auf beiden Seiten flott und fair gespielt. Ueberraschend konnte die hiesige Mannschaft mit 5 : 1 ihren Gegner bezwingen. Es war nicht zu verkennen, daß die langen Monate des Spielverbots die Spieler in ihrer Weiterentwicklung stark behindert hatten. Trotzdem wurde ein befriedigendes Spiel vorgeführt. — Gegen 3 Uhr am Sonntag nachmittag hatte sich vor dem Vereinslokal eine große Festzugteilnehmerzahl eingefunden. Unter Vorantritt der Lückmannschen Kapelle bewegte sich der Festzug durch die Straßen des Ortes zum Endziel Carls Höhe, woselbst anschließend die Vorführungen der allgemeinen Freilebungen auf dem Plätze vor der Halle stattfanden. Ueber 100 Turner beteiligten sich an den Uebungen, und gaben die einzelnen Stellungen prächtige Bilder wieder. Alles klappte vorzüglich. — Inzwischen hatte sich in der Festhalle eine große Zuschauermenge eingefunden, ein Zeichen dafür, daß das deutsche Turnen auch hierorts immer festeren Fuß faßt. Nach einem vom Jugendturner Rudi Becker gesprochenen Vorpruch wechselten Vorführungen der einzelnen Abteilungen in bunter Reihenfolge. Das Programm war ein auserlesenes und wickelte sich im Laufe des Nachmittags glatt ab. Barrenturnen der 2. Kiege wechselten mit Stabübungen der Jugend, Barrenübungen der Schülerabteilung, Gesellschaftsübungen für Jung und Alt, Turnen an den Pferden, Reckturnen der ersten Kiege usw. Der Eisenreigen der Damenabteilung bildete wohl den Höhepunkt der Veranstaltung und hinterließ einen guten Eindruck. Es ist erfreulich, daß auch die Damenabteilung mit einer stattlichen Anzahl Turnerinnen dasteht. Es wäre zu wünschen, daß die Damenabteilung mehr Anhänger gewinnen möge. Gegen 7.30 Uhr hatte sich das umfangreiche Programm abgewickelt, und dürfte ein jeder die Ueberzeugung mit nach Hause genommen haben, daß in

den Reihen der Ver. Turn- und Spielvereine ganze Arbeit geleistet wird zum Wohle des Einzelnen und des gesamten deutschen Volkes. Hoffen wir, daß sich die Reihen der Turner immer mehr füllen, so mancher steht noch abseits. Tretet ein in die Reihen der deutschen Turnerschaft, wo auch wirklich produktive Arbeit geleistet wird. Im ersten Teil des Programms ergriff der Vorsitzende Albert Badhaus das Wort, begrüßte in herzlicher Weise die zahlreich Erschienenen und gab den Zweck und die Ziele des deutschen Turnens bekannt. Seine Ausführungen gipfelten in einem Hoch auf die deutsche Turnerschaft. So nahm die Veranstaltung einen feierlichen und anregenden Verlauf. Ein gemütlicher Festball hielt die Turner und Turnerinnen mit ihren Angehörigen noch einige Stunden in harmonischer Stimmung zusammen. Der gestrige Tag dürfte für die Vereinigten Turn- und Spielvereine Halber weitere Anhänger gewonnen haben.

— p) Schalksmühle, 10. Aug. Der M.-G.-V. e. V. Schalksmühle hatte für Samstagabend im Lokale des Herrn W. Kriegerstorte einen freien Unterhaltungsabend für seine Ehren- und akt. Mitglieder mit Damen arrangiert, zu dem sich die Mitglieder fast vollständig eingefunden hatten. Bei Musik, Gesang und schöner Reden und besonders beim Glase Bowle und Rheinwein entfaltete sich schnell eine famose Stimmung und die Sänger verlebten mit ihren Damen hierbei noch mal in Erinnerung der schönen Tage vom Rhein und Bischofsheim. Zu Beginn begrüßte der 1. Vorsitzende Franz Schulz die Erschienenen u. a. insbesondere die Ehrenmitglieder als alte Sängerveteranen sowie den Gemeindevorsteher Diergarten und die beiden Vorsitzenden des M.-G.-V. „Glocke“ Dahlebrück. Er skizzierte noch mit einigen Worten der großen Tage und des großen Sieges in Bischofsheim und freute sich über die schon herrschende ausgezeichnete Stimmung, die er als ein Stück Bischofsheim bezeichnete. Auch streifte er noch kurz die ernste Arbeit u. die hohen Ziele, die sich der M.-G.-V. gesetzt habe und, daß sich viele dem Vereine deshalb entzogen hätten, aber nun habe dies ernste Streben Erfolge gezeigt und ein starkes Anwachsen sei zu verzeichnen. Im weiteren Verlauf wechselten noch manche schöne Reden. So liefen die Stunden allzu schnell dahin und dieser Abend gehört nun auch der Vergangenheit an, den der M.-G.-V. als seinen Ehren-Abend bezeichnen kann.

Münster, 8. Aug. Durch einen Wespenstich getötet wurde der Landwirt F. Brünning aus Wellenbergen, als er auf dem Acker ein Wespennest zerstören wollte. Als ihn eine Wespe in die Pulsader stach, überkam ihn Uebelkeit und schon nach wenigen Minuten trat der Tod ein. Der Todesfall ist umso tragischer, als im Vorjahre dem Mann die Frau im Tode voranging, so daß jetzt sechs Doppelwitwen um ihren Ernährer trauern.

Münster, 8. Aug. Ein gemütliches Gefängnis. Netze Zustände im hiesigen Zuchthaus wurden bei einer Verhandlung vor dem Schöffengericht gegen mehrere Wachmeister der Strafanstalt, einen hiesigen Metzgermeister, elf Strafgefangene und die Braut eines der Gefangenen bekannt. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, der Strafanstalt gehörige Sachen, wie Tische, Stühle, Bollerwagen, Leder, Stoffe, Leinen, Besen, Bürsten und Farben entwendet und für sich verbraucht oder verkauft zu haben. Der Metzgermeister war wegen Hehlerei angeklagt. Es stellten sich im Laufe der Verhandlung ganz unglaubliche Nachlässigkeiten einiger Beamten heraus. Ein Teil der Beamten hatte mit den Gefangenen gemeinsame Straftaten begangen. Die Gefangenen erhielten für ihre gestohlenen Sachen Alkohol und Rauchwaren. Aufseher sollen, nach Aussage der Strafgefangenen, mit ihren Gefangenen in Wirtschaften regelrecht geknüpelt haben. Der Hilfsaufseher L. gestattete einem Gefangenen Zusammenkünfte in seiner Wohnung mit der Braut des Gefangenen. Die Gefangenen behaupteten, es passiert bis auf den heutigen Tag noch ganz andere Sachen. Ganze Wohnungseinrichtungen seien unberechtigter Weise von den Strafgefangenen für Töchter von Strafanstaltsbeamten gemacht worden. Gegen die angeklagten Hilfswachmeister wurden Strafen von 9, 5 und 1 Monat verhängt. Der Strafgefangene Keller, der Hauptübeltäter erhielt 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus. Der Strafgefangene Kollikowitsch erhielt 1 Jahr Zuchthaus, der Gefangene Billkne einen Monat Gefängnis. Ein Werkmeister, der Sachen vermittelte hatte, wurde ebenfalls zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Dortmund, 8. August. Die Stadtverwaltung hat für die westfälisch-lippische Handwerks- und Gewerbechau einen Garantiebetrag von 30.000 M. übernommen.

Eröffnung der westfälischen Handels- und Gewerbechau.

Dortmund, 8. Aug.

Der auch dem Fremden von der Eisenbahnseite her durch seine dem Auge wohlthuende Abmessungen und Formen bekannte Schulblock an der Brüggmannstraße trägt heute farbenfrohen Wimpelschmuck, der im strahlenden Sonnenschein überaus festlich wirkt. Das Festgewand gilt der Eröffnung der Ausstellung des westfälisch-lippischen Handwerks, der ersten derartigen Veranstaltung, die Dortmund nach langen Jahren sieht. Ob der Entschluß, die Ausstellung im wesentlichen in die Schulräume zu verlegen, sich bewährt, muß der Erfolg lehren, ebenso ob das Richtige getan ist, um das Interesse der engeren und weiteren Nachbarschaft auf die Bedeutung der Veranstaltung zu lenken. Der Eindruck des Gebotenen muß jedenfalls überaus anregend sein, wenn ein Gefühl der Ermüdung nicht aufkommen soll, das bei dem langen Gang über die zahllosen Treppen und Flure und durch die mit unzähligen Handwerkserzeugnissen gefüllten Säle sich leicht einstellt.

Das Handwerk ist an der Ausstellung tatsächlich in erster Linie beteiligt. Zunächst sind es die Dortmunder vereinigten Tischler, Maler und Dekorateur, die in 5 großen Sälen der Kunstgewerbeschule Wohnungseinrichtungen eingebaut haben mit Wänden und Decken, die farbige Behandlung tragen. Außer ihnen haben in dieser Schule ausgestellt eine Anzahl von Polsterern und

Dekorateur sowie die Dortmunder Sattler- und Polsterinnungen. Eine zweite Wohnungsausstellung befindet sich in der ersten Turnhalle, die zwei Fünfstümmenwohnungen nach den Entwürfen des Professors Grieser von der Bielefelder Handwerker- und Kunstgewerbeschule zeigt. Die Elektro-Installateure stellen nach dem Gesichtspunkt aus, daß die Elektrizität zu den mannigfaltigsten Zwecken Verwendung finden kann, und zeigen zunächst in einem Raum der Oberrealschule eine Transformatorstation, die den Starkstrom für die Ausstellung in Schwachstrom umwandelt. Ferner sind Beispiele für die Verwendung der Elektrizität zur Schaufensterbeleuchtung gegeben. Die Dortmunder Innung der Gas- und Wasserinstallateure zeigt eine Reihe sanitärer Anlagen. Bäcker und Fleischer führen ihr Handwerk im Betriebe vor und sehen ihre Erzeugnisse an die Ausstellungsbesucher ab. Die Uhrmacher zeigen in ihrer Ausstellung, was die Uhrmacherei heute noch handwerksmäßig zu leisten vermag. Auf den Höfen haben Dachdecker, Maurer und Pfisterer ausgestellt, in der Halle des Schulhofes Schmiede, Schlosser und Wagenbauer. Das Kunstgewerbe ist vertreten durch die Dortmunder und Bielefelder Kunstgewerbeschule. Die Dortmunder städtische Berufsschule stellt für alle Berufsschulen der Provinz einen vollständigen Lehrgang in allen Berufszweigen aus. Besonders sehenswert ist eine Ausstellungshalle auf dem den Schulen gegenüberliegenden freien Platz, deren originelle Dachkonstruktion nach Angaben des Prof. Huber ausgeführt ist. Als Empfangs- und Repräsentationsraum ist die Aula der Kunstgewerbeschule eingerichtet. Der Raum ist mit blauen Dekorationsstoffen ausgeschlagen, und es sind hier etwa 50 alte und neue Fahnen westfälischer Innungen sowie eine Reihe von Gegenständen aus der Geschichte des westfälischen Handwerks sowie aus der Blütezeit der Zünfte ausgestellt.

Um 11 Uhr wurde die Eröffnung der Ausstellung durch den Ruf einer eigens eingebauten Sirene, die auch die Schlußzeiten der Ausstellung bekannt geben soll, angezeigt. Der Eröffnungsakt wurde eingeleitet mit Vortrag der Meisteringewerkschaft durch die Musikkapelle des Münsterer Reichsheerregiments. Die Begrüßungsansprache an die Gäste, unter denen sich auch der Oberpräsident befand, hielt der Vorsitzende der Handwerkskammer Steinführer-Hagen. Er führte u. a. aus, schon seit 1922 seien sich die westfälisch-lippischen Handwerkskammern darüber einig, daß alljährlich eine größere Ausstellung in Westfalen stattfinden dürfe, die vom gesamten Handwerk einen Gradmesser abgeben soll. Die Handwerker sollten durch diese Ausstellung durch die Durchführung einer rationellen Betriebsweise veranlaßt werden ihre Betriebe dahin durchzuführen und so zu einer Senkung der Preise kommen. Wenn demnach die Ausstellung sei, so müsse doch ein großer kultureller Gedanke dahinter stehen. Schon in den Vorarbeiten wurde deshalb größter Wert darauf gelegt, eine möglichst große Zahl künstlerischer Mitarbeiter zu bekommen. Ein Rundgang durch die Ausstellung werde davon überzeugen, daß das Ziel erreicht sei. Auf diese Worte erwiderte der Oberpräsident und eröffnete gleichzeitig im Namen der Reichs- und Staatsbehörden die Ausstellung. Die Reden wurden durch Lausprüche auf dem Ausstellungsgelände verbreitet. Hierauf wurde ein Rundgang durch die Ausstellung angetreten.

Eingefandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)

Halver und Ral.

Wier lesen im Westf. Tageblatt folgenden auch unsere Leser interessierenden Artikel:

Im Reiche des Remag dürfte es keinen Ral geben der unter der unausgesetzten Fürsorge dieses modernen Monarchen mehr zu leiden hätte, als die Gemeinde Halver. Jahraus jahrein werden die Straßen dieses Ortes aufgebuddelt, mit hübschen Zelten bebaut und wieder zugestrichelt, damit die Trabanten des Remag nicht der Erwerbslosenunterstützung anheimfallen. Diese lobenswerte Tätigkeit wird überall ausgeübt, sei es auf einer Straße mit altem Pflaster, sei es auf einer solchen mit einer nagelneuen eingewalzten Kleinschlagdecke oder mit einem nagelneuen Kopfsteinpflaster. Die neugepflasterte Kronprinzenstraße scheint sich besonders gut zu diesen Experimenten zu eignen und weil man im vorigen Jahre an der Front dieser Straße auf dem Marktplatz dem Remag ein ebenso würdiges wie klugiges Bruchstein-Denkmal errichtet hat, so soll sie in Zukunft Remagstraße benannt werden. Leider gibt es aber auch im Reiche des Remag im allgemeinen und in der Saltrapie Halver im besonderen Leute, die mit dem Monarchen höchst unzufrieden sind. Sie behaupten er habe nicht nur das Recht Straßen aufzubuddeln und Transformatorhäuschen zu bauen, sondern es sei seine vornehmste Herrscherpflicht, die Stromlieferung an seine Untertanen sicherzustellen; und er habe es sehr an der Erfüllung dieser Herrscherpflicht mangeln lassen. Denn es verhehe in Halver kaum ein Tag, an dem nicht die Stromzufuhr für kürzere oder längere Zeit unterbrochen sei. Man habe gute Hoffnung auf Besserung gehabt, als man erfuhr, daß in dem Inneren des Remag-Denkmales eine geniale Umformstation versteckt worden sei; nun werde sich alles, alles wenden. Man wartete geduldig von Tag zu Tag, von Woche zu Woche, von Monat zu Monat auf Besserung. Eine solche sei aber absolut nicht, eher eine Verschlechterung in der Stromzuführung festzustellen, behaupten diese unzufriedenen Untertanen. Man glaubt auch damit unzufrieden sein zu müssen, daß der für Störungen zuständige Aufseher nicht in Halver wohnt und nach Schluß des Fernsprechamtes, überhaupt nicht zu erreichen ist. Die Unzufriedenheit findet weitere Nahrung durch das Gerücht, das Remag-Denkmal sei nicht etwa aus Verehrung für den Monarchen, sondern aus „zwingenden technischen Gründen“ mitten auf dem Marktplatz gesetzt worden. In Halver ist man nämlich der blödsinnigen Meinung, ein Marktplatz sei kein Bauplatz und Baustellen für einen Umformer gebe es in nächster Nähe eine ganze Menge. Mit einer Verlängerung des Kabels um 30 bis 60 Meter hätte sich diese Verschönerung des Ortes sehr wohl vermeiden lassen.

Leider könne dann aber von einem Remag-Denkmal keine Rede mehr sein, sagen diese unzufriedenen Untertanen. Sie gehen noch weiter und fordern, daß der Minister mit den „zwingenden technischen Gründen“ zur Rechenschaft gezogen werde, ohne zu ahnen, daß sie sich damit einer Majestätsbeleidigung schuldig machen. Denn das Reich des Remag ist doch schließlich kein Industrie-Unternehmen. In einem solchen wäre es allerdings leider möglich, daß ein Ingenieur von solchem Genie aus „zwingenden Gründen“ ohne Ruhegehalt abgebaut werden würde. Die unzufriedenen Untertanen haben aber neuerdings guten Grund zu der Hoffnung, daß wenigstens — leider — das Remag-Denkmal aus „zwingenden Gründen“ abgebaut werde. Warum auch nicht!? Der Monarch hat ja die Macht und das Geld dazu, mag es den unzufriedenen Untertanen auch fehlen. Bevor aber diese seltene Sehenswürdigkeit verschwindet, hat man sie zum Glück im Bilde festgehalten und wird sie in dieser Form den Grundstock für ein neues Museum bilden, für alle Zeiten als ein Zeichen der erhabenen Macht des Remag.

Kleine Nachrichten.

Der polnische Gesandte bei Dr. Stresemann.

Berlin, 9. August. Der polnische Gesandte in Berlin, Osskowski, hat dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann einen Besuch abgestattet. Man glaubt, daß er über die Dantzenfrage und über das Verbot der Wiedergabe der Reichstagsrede des Außenministers in Polen mit dem Reichsaussenminister gesprochen hat.

Reichsbannerfeier in Berlin.

Berlin, 9. August. Gestern Abend fand in Treptow die Eröffnung der Verfassungsfeier statt. Extrazüge hatten viele auswärtige Reichsbannerleute aus Deutschland und Österreich nach Berlin gebracht. Reichspräsident Ebert begrüßte in einer kurzen Ansprache, die in ein Hoch auf die Republik ausklang, die herbeigeeilten Reichsbannerkameraden bei dem abendlichen Begrüßungsfeiern. Heute vormittag fanden Verfassungsfeiern an verschiedenen Stellen Berlins statt. Gleichzeitig widmete sich eine Korfahrt der republikanischen Wasserpolisten ab. Die Festwoche in Treptow war nachmittags der Schaulauf der eigentlichen Verfassungsfeier, bei der verschiedene Redner sprachen.

Eröffnung der Schuh- und Ledermesse.

Berlin, 9. August. Heute wurde die 3. Fachmesse der Schuh- und Lederverwirtschaftung im Hause der Kunstindustrie und der benachbarten neuen Automobilhalle eröffnet. Beide Ausstellungshallen sind voll besetzt. Bereits am ersten Tage konnten von einzelnen Ausstellern mit auswärtigen Kunden größere Abschlüsse erzielt werden. Eventuell wird am letzten Tage, dem 12. August, die Messe der Allgemeinheit zugänglich sein.

Das Ende der Beherbergungssteuer.

Berlin, 9. August. Mit der Annahme der Steuergesetze durch Reichstag und Reichsrat sind die Beherbergungssteuern abgeschafft worden. Die Reichsbeherbergungssteuer, die bisher mit 11 % als erhöhte Umsatzsteuer in die Preise einkalkuliert wurde, wird ab 1. August nicht mehr erhoben. Gemeinde-Beherbergungssteuern dürfen vom 1. Oktober ab nicht mehr erhoben werden.

Houben beim 100-Meter-Gürtelauf geschlagen.

Berlin, 9. August. Beim 100-Meter-Gürtelauf wurde Houben von Gortis, Körnig und Wege auf den vierten Platz verwiesen.

Politische Abzeichen in Preußen für Beamte verboten.

Berlin, 9. August. Im Hinblick auf Unzuträglichkeiten, die sich aus dem Tragen politischer Abzeichen durch Beamte im Innendienst ergeben haben, hat die preussische Regierung beschlossen, den Beamten das Tragen außerdienstlicher Abzeichen jeder Art und Form während des Dienstes allgemein zu verbieten.

Dreifacher Selbstmord.

Erfurt, 9. August. Ein erschütterndes Familiendrama ereignete sich im Hause Winterfeldstraße 17. Der der Unterschlagung und Verabreichung von Drogen beschuldigte Postkassierer Göpfert war durch die Polizei abgeführt worden. Nach einem umfassenden Geständnis kehrte er nach Hause zurück und fand dort die Wohnung verschlossen. Nach gewaltsamem Öffnen fand er seine Ehefrau und den neunjährigen Sohn in ihren Betten tot auf. Sie hatten aus Scham über die Schande, die über die Familie gekommen war, den freiwilligen Tod durch Gasvergiftung gesucht. In seiner Verzweiflung wählte der Mann die gleiche Todesart. Alle drei wurden von Hausbewohnern tot aufgefunden.

Die Hermannsfeier in Detmold.

Detmold, 9. August. Zur Hermannsfeier der vaterländischen Vereine sind etwa 15.000 Menschen aus allen Teilen des Reiches in Detmold eingetroffen. Sehr zahlreich ist das Ruhrgebiet vertreten. Bei der Feier am Hermannsdenkmal wird

der Reichstagsabgeordnete Trebrunn die Hauptrede halten. Außerdem wird der Hochmeister des Deutschen Ordens, Mahraun, sprechen. Eine große Begrüßungsfeier verlief glanzvoll.

Räumung Duisburgs erst am 25. August?

Düsseldorf, 9. August. Wie man aus Duisburg erfährt, ist dort der Befehl bei der Befreiungsarmee eingetroffen, die Vorbereitungen für den Abmarsch der in Duisburg garnisonierenden Truppen zu treffen und so zu fördern, daß die Räumung von Duisburg am 25. August erfolgen kann. Gleichzeitig erfolgt die Räumung des noch besetzten Restgebietes von Mülheim diesseits der Ruhr.

Painlevé geht nach Genf.

Paris, 9. August. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, ist es wahrscheinlich, daß der Ministerpräsident Painlevé an den ersten Sitzungen des Völkerrundrates im September persönlich an der Spitze der französischen Delegation teilnehmen wird.

Japanischer Dampfer gehoben.

Paris, 9. August. Radio meldet aus Kairo, es sei gelungen, bei Port Said den im Jahre 1915 von einem Unterseeboot versenkten japanischen Dampfer „Dazoku Maru“ mit Gelbbarren im Werte von 100.000 Pfund zu heben.

Französische Ferienkinder ertrunken.

Paris, 9. August. Ein schreckliches Unglück ereignete sich am Strande von Boulogne. 35 Kinder einer Ferienkolonie aus Wattrelos bei Roubaix badeten in der Nähe der Boje, als plötzlich eine Anzahl von ihnen von der Boje in die offene See geschleudert wurde. Mehrere Kinder, welche mit den Kindern badeten, warfen sich sofort ins Wasser, um die Ertrinkenden zu retten. Es gelang ihnen, einige Kinder ans Land zu bringen, die übrigen Kinder aber ertranken. Elf Leichen wurden geborgen, mehrere Kinder werden noch vermisst.

Vandervelde kommt später nach London.

Brüssel, 9. August. Wie gemeldet wird, steht nun fest, daß der belgische Außenminister Vandervelde nicht an der Londoner Ministerbesprechung teilnehmen wird, da er zu kurzem Aufenthalt nach Spa gereist ist. Voraussichtlich werde Vandervelde, wie erklärt wird, erst gegen den 25. August nach London abreisen.

Einigung über den Fall Hilger.

Moskau, 9. August. Das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht einen Bericht, worin die deutsche Regierung die Versicherungen des deutschen Votschaftsrats Hilger, er habe keine verbotenen Verbindungen mit den verurteilten deutschen Studenten Rindermann, Volsch und Dittmar gehabt, erneut bekräftigt. Es wird hinzugefügt, das Urteil habe den Namen Hilgers nicht erwähnt. Die russische und die deutsche Regierung seien dahin übereingekommen, den Vorfall für erledigt anzusehen.

Ein japanisches Gewerkschaftsgesetz.

Tokio, 9. August. Die japanische Regierung hat ein neues Gewerkschaftsgesetz entworfen. Der charakteristische Zug dieses Gesetzes ist die Anerkennung von gewerkschaftlichen Organisationen, die berechtigt sind, Verträge von allgemeiner Bindung mit den Unternehmern abzuschließen. Der Gesetzentwurf sieht die Bestrafung von Unternehmern vor, die sich eine Nichtachtung dieses neuen Rechts der Gewerkschaften zuschulden kommen lassen.

Gegen die Todesstrafe.

Newport, 9. August. In den Vereinigten Staaten wird eine lebhafteste Pro-Kampagne für die Abschaffung der Todesstrafe entfacht. In einigen Monaten wird in Newport ein internationaler Kongress stattfinden, an dem Kriminalisten der ganzen Welt teilnehmen werden. Gleichzeitig mit der Eröffnung dieses Kongresses wird im Parlament des Staates Newport ein Gesetzentwurf eingebracht werden, der die Abschaffung der Todesstrafe vorsieht. Bisher ist die Todesstrafe noch in 40 der 48 Staaten der Union in Kraft.

Arbeiter und Angestellte.

M. Gladbach. (Kündigung von 40.000 Textilarbeitern.) Hier erfolgte die von den Arbeitgeberverbänden der Textilindustrie beschlossene Kündigung sämtlicher Arbeiter, von der etwa 40.000 Mann betroffen werden, da eine Einigung in der Lohnfrage bisher nicht erzielt werden konnte. Die Arbeiter gelangen am 24. August zur Entlassung, falls bis dahin keine Einigung in der Lohnfrage erzielt werden sollte. In diesem Falle sollen sämtliche Betriebe der M. Gladbacher Textilindustrie einheitlich geschlossen werden. Die Einigungs-Verhandlungen werden inzwischen fortgesetzt.

Paris. (Lohnaufbesserung für die Angestellten der Saargruben.) Zwischen dem Minister für öffentliche Arbeiten und den Angestellten der französischen Staatsgruben des Saargebietes ist eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach die Angestellten ebenso wie die Bergarbeiter eine fünfprozentige Gehaltserhöhung erhalten. Damit ist der Konflikt in den Saargruben beigelegt.

London. (Nachschulen für Arbeitslose in England.) Im Oberhaus kündigte der Arbeitsminister die Errichtung von vier Unterrichtsanstalten an, in denen Arbeitslose in sechsmonatigen Kursen in der Landwirtschaft und auf anderen geeigneten Gebieten ausgebildet werden sollen.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Das Urteil im Wiking-Prozess. Im Prozess gegen die Mitglieder des Wikingbundes verurteilte der französische Gerichtshof in Düsseldorf das folgende Urteil: Es wurden verurteilt: Cillikens (als Anführer) zu einem Jahr Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, Mildeberger, Baetagen, Rosenberger je ein Jahr Gefängnis und je 100 Mark Geldstrafe, Gustav Bohne und Ernst Baisch zu je sechs Monaten Gefängnis und je 100 Mark Geldstrafe. Ferner wurden 48 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von drei Jahren bis zu zwei Monaten verurteilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Die Untersuchungshaft wurde sämtlichen Angeklagten angerechnet. Die Mehrzahl der Angeklagten sitzt seit dem 9. Februar d. J. in Untersuchungshaft. Im Laufe des Prozesses wurde festgestellt, daß in der gleichen Angelegenheit im April d. J. weitere Verhaftungen erfolgen sollten, die jedoch auf Verfügung des Armeekommandos aufgehoben wurden.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 8. August.

* Börsenruhe. Infolge des Börsenruhetages wurden am 8. August amtliche Notierungen auf dem Effekten- und Devisenmarkt nicht vorgenommen. Im inoffiziellen Verkehr von Bureau zu Bureau waren die Kurse gegen die letzten amtlichen Notierungen vielfach eine Kleinigkeit fester.

* Preisermäßigung für Zement. Der Norddeutsche Zement-Verband hat mit Wirkung vom 5. August den Preis für hochwertigen Portlandzement um 2 Mark pro Tonne erhöht. Damit ist auch die Preishöhe für Norddeutschland erreicht, die in Süddeutschland schon seit mehreren Wochen gilt.

* Lustloser Verkauf der Hantelauktion in Nürnberg. Die am 6. August in Nürnberg abgehaltene 70. Bayerische Zentralhantelauktion hatte schlechten Besuch aufzuweisen. Die Angebote wurden meist mit Abschlägen bis zu 10 % abgegeben, womit sich die Versteigerer mit Rücksicht auf die in Stuttgart erzielten Preise nicht einverstanden erklären wollten. Die Gefälle bis zu 59 Pfund blieben meistens unverkauft. Angesichts dieser Ergebnisse wurde schließlich die Auktion nach einer vorausgegangenen Aussprache zwischen Versteigerern und Käufern vertagt.

* Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 2540, darunter Bullen 537, Ochsen 812, Kühe und Färken 1191, Kälber 1330, Schafe 10.416, Schweine 5202, Ziegen 83, Schweine aus dem Ausland 296. Preise: Für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichspfennigen: Ochsen a) vollfleischige ausgewästete 60-64, b) vollfleischige ausgewästete im Alter von 4-7 Jahren 54 bis 57, c) junge, fleischige, nicht ausgewästete 48-52, d) mählig geänderte jüngere und auf genährte ältere 40-46, Bullen a) 60 bis 64, b) 55-58, c) 49-53, Kühe und Färken a) 58-63, b) 50 bis 55, c) 39-45, d) 30-36, e) 24-28, Fresser 42-50, Kälber a) —, b) 82-89, c) 70-80, d) 58-63, e) 50-56, Stallmast-schafe a) 50-58, b) 35-43, c) 25-32, Schweine a) —, b) 89 bis 90, c) 87-89, d) 84-87, e) 80-83, Säue 78-84, Ziegen 19-22. Markterlöse: Bei Rinder, Kälbern ziemlich glatt, bei Schafen ruhig, bei Schweinen glatt.

* Produktienbörse. Der Produktienmarkt zeigte auf die aus Nordamerika und England gemeldeten nicht unbedeutlichen Preissteigerungen etwas festere Haltung, das Geschäft war aber außerordentlich klein. Weizen und Roggen wurden nur in kleinen Mengen erworben, da die Forderungen etwas höher lauten und der Mehlabfall hoch. Futtermittel fanden wieder zum unmittelbaren Verbrauch bei kaum veränderten Notierungen Unterkunft. Für Ölsaaten fehlten Käufer. Der handelsrechtliche Lieferungsverkehr bewegte sich in sehr engen Grenzen. Die Notierungen waren etwas höher.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr. in Reichsmark.

	8. 8.	7. 8.		8. 8.	7. 8.
Weiz., märk.	255-258	253-256	Weiz., f. Br.	14	14
pommerscher	—	—	Roggl. f. Br.	13,7	13,7-13,8
Hogg., märk.	190-196	190-196	Raps	355-360	355-360
pommerscher	—	—	Leinfaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vittor.-Erbs.	27-34	27-34
Futtererbsen	—	—	fl. Speiserbs.	25-27	25-27
Brauererbsen	192-200	192-200	Futtererbsen	23-25	23-25
Haffer, märk.	224-232	227-239	Weisfuchen	23-25	23-25
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	—	—
westpreuß.	—	—	Widen	26-28	26-28
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12,5-14,5	11,7-13,2
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	15,0-16,5	15,0-16,5
Ein. fr. inf.	—	—	Sera-ella	—	—
Sach. (feinst.)	—	—	Rapsfuchen	16,6-16,8	16,6-16,8
Mrl. n. Not.	33,5-35,5	33,2-35,5	Leintuchen	23,6-24	23,6-24
100 Kil. fr.	—	—	Erdnussmehl	12,2-12,5	12,2-12,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Soya-Schrot	22,4-22,6	22,4-22,6
Berlin br.	—	—	Torfmehl 30/70	10	10
inf. Sach.	27,5-29,2	27,5-29,2	Kartoffelfl.	26,4-26,7	26,2-26,4

Schriftleitung Wlth. Bell jr., Halver i. Westf.

Geschäftsaufsicht.

Ueber das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft R. u. S. Enneper in Schwenke in Westf., Amt Halver, ist heute die Geschäftsaufsicht angeordnet. Aufsichtsperson ist der Bücherrevisor Wilhelm Schnepfer in Lüdenscheid.

Lüdenscheid, den 6. August 1925.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 18 die Firma „Rindviehzuchtgenossenschaft Rönshahl, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Rönshahl“ mit dem Sitz in Rönshahl eingetragen worden.

Das Statut ist am 25. Juni 1925 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist:

1. Der gemeinsame Zusammenschluß auf dem Gebiete der Rindviehzucht.
2. Ankauf guter Zuchtbullen in Hochzuchtgebieten.

Vorstandsmitglieder sind:

1. Hermann Buchholz zu Rönshahl,
2. Wilhelm Wippermann zu Haarhausen,
3. Julius Sedfeld zu Mittelheukelbach,
4. Friedrich Frettlöh zu Nott.

Bekanntmachungen erfolgen durch das Genossenschaftsblatt des Reichslandbundes und müssen von zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet sein. Die Willenserklärungen und Zeichnungen für die Genossenschaft müssen durch zwei Vorstandsmitglieder geschehen.

Meinerzhagen, den 20. Juli 1925.

Preuß. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die in unserm Handelsregister Abt. A Nr. 146 eingetragene offene Handelsgesellschaft in Firma Funke & Crone zu Kierspe-Bhf. ist aufgelöst. Der Gesellschafter Fritz Crone ist ausgetreten.

Das Geschäft wird unter unveränderter Firma von dem bisherigen Gesellschafter Wilhelm Funke als Einzelkaufmann fortgeführt.

Meinerzhagen, den 3. August 1925

Preuß. Amtsgericht.

Neu eingetroffen!



Niederlage bei: Wilh. Bell jr., Halver. Kirchstraße 5.

Gustav Schröder, Schalksmühle.

Wilh. Bever, Rönshahl.

Aug. Vollmerhaus, Kierspe-Bhf.

Landwirte!



Landwirte!

Zur kommenden Saison empfehlen wir

Erntemaschinen

wie Grasmäher (Orig. Massey-Harris, Krupp-Fahr, Lanz-Wery, Deutsche Werke etc.) Heuwerder schwere Ausführung, Pferde-rechen mit T-Zinken, Vollaumat, sowie sämtliche übrigen Landmaschinen, Geräte und Ersatzteile.

Durch Waggonbezüge wirklich erstklassiger Maschinen sind wir in der Lage, günstigste Teilzahlungen evtl. bis zum Herbst gewähren zu können. Erntemaschinen werden auf Wunsch vorgeführt.

Otto Haase & Co., Kierspe i. Westf. Telefon Amt Meinerzhagen 181.

Zur Müllabfuhr empfehle

Mülleimer

in verschiedenen Größen

Gustav Schröder,

Schalksmühle.

Wäsche-Körbe
Reise-Körbe
Reise-Taschen
Einhol-Körbe
usw.

empfiehlt

Wilh. Bell jr.

Halver.

Am Lager vorrätig:

1a. Weizenmehl, Zucker und Salz, Gerste, Gerstenschrot, Maismehl, hiesigen u. Auslandsbaker, Futterweizen, Roggen- und Weizenkleie, Hülsen, Heu, Torfstreu und -Müll, Frühkartoffeln sämtl. künstl. Düngemittel u. Stalldünger, Hühnermais und Saatroggen

unterwegs befindlich.

Albert Herdepe,

Halver, Tel. Nr. 40.

Für unsere Metall-druckerei suchen wir für sofort einen

Für unsere Metall-

druckerei suchen wir

für sofort einen

Lehrling.

Metalwarenfabrik

Halver.

Für einen Angestellten

für sofort

Zimmer mit oder

evtl. ohne Pension

g e s u c h t.

Ang. unt. S. 200 an

die Geschäfts d. Mag. An-

zeigers Halver.

Für Wirte

empfehle:

Biergläser,

Pilsener Henkel

seidel (5/10 Liter)

Walzensidel,

Harzer Pokale,

Likörgläser,

Weingläser,

Gläserbüsten

u. s. w.

Wilh. Bell jr.

Halver.